KMU- und
Gewerbeverband
Kanton Luzern

Medienmitteilung
Luzern, 29. Oktober 2026

Politikversammlung in Littau-Reussbühl

KGL sagt klar Ja zur A2-Überdachung und Nein zur AHV-Mehrwertsteuer

Die KGL-Politikversammlung, das wirtschaftspolitische Organ des KMU- und Gewerbeverbands Kanton Luzern, tagte gestern Mittwoch im Littauerboden. Dabei fassten die anwesenden Stimmberechtigten die Parolen für die wirtschaftsrelevanten kantonalen und eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 29. November.

Die 61 stimmberechtigten Delegierten diskutierten den Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ausführlich. Nationalrat Leo Müller (Die Mitte) vertrat die Vorlage, Nationalrätin Vroni Thalmann (SVP) argumentierte dagegen. Anschliessend stellten sie sich unter der Leitung von KGL-Direktor Jérôme Martinu einem Streitgespräch, Fragen aus dem Publikum und der Diskussion unter den Delegierten. Die Vorlage sieht eine Erhöhung des Mehrwertsteuer-Normalsatzes von 8,1 auf 8,5 Prozent vor. Damit sollen ab 2028 zusätzliche Einnahmen zur teilweisen Finanzierung der 13. AHV-Rente generiert werden. Die Argumente gegen eine zusätzliche Belastung von Bevölkerung und Wirtschaft überzeugten schliesslich eine klare Mehrheit der Delegierten: Mit 51 Nein-Stimmen, 7 Ja-Stimmen und einer Enthaltung fasste die KGL-Politikversammlung die Nein-Parole.

Klare Haltung kantonal: Ja zur A2-Teilüberdachung und Digitalisierungs-Gegenentwurf
Diskussionslos und einstimmig Ja sagten die Delegierten zur Mitfinanzierung der Teilüberdachung der Autobahn A2 in Luzern-Süd. Mit dem Projekt sollen die heute durch die Autobahn getrennten Siedlungsräume besser miteinander verbunden, die städtebauliche Entwicklung unterstützt und die Lärmsituation verbessert werden. Bei der kantonalen Volksinitiative «Digitalisierung jetzt!» stellten sich die KGL-Delegierten mit 44 Nein-Stimmen, 9 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen deutlich gegen die Initiative. Gleichzeitig unterstützten sie den vom Kantonsrat ausgearbeiteten Gegenentwurf in Form des neuen Gesetzes über E-Government einstimmig. Im Stichentscheid zwischen Initiative und Gegenentwurf votierten 53 Stimmberechtigte für den Gegenentwurf. Damit zogen die Delegierten eine konkrete gesetzliche Grundlage einer Verankerung des Grundsatzes «digital first» in die Kantonsverfassung vor.

Kriegsmaterialgesetz: Sehr deutliches Ja
Ebenfalls diskussionslos fiel die Parolenfassung zur Änderung des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial aus. Die KGL-Delegierten beschlossen mit 54 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen die Ja-Parole. Mit der Gesetzesänderung sollen die Exportbestimmungen an die veränderte sicherheitspolitische Lage angepasst werden.

Zu den drei weiteren Abstimmungsvorlagen vom 29. November fasste die KGL-Politikversammlung keine Parole. Dies betrifft die kantonale Vorlage zum Neubau Sicherheitszentrum Rothenburg Station-Ost sowie auf eidgenössischer Ebene die Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk» und die Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!». Diese Vorlagen werden vom KGL nicht als unmittelbar KMU- und gewerberelevant beurteilt.

Für die einwandfreie Organisation der Politikversammlung mit mehr als 80 Delegierten und Gästen war KMU Littau Reussbühl mit Präsident Roland Buob verantwortlich.

Kontakt:
Jérôme Martinu, Direktor KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern
+41 76 377 25 14
jerome.martinu@kgl.ch